

## Erklärung

### **des 4. Verbandstages des VKSG am 08.05.2004**

Mit großer Sorge beobachten wir, dass die führenden politischen Kräfte der BRD nicht bereit sind, ihren fatalen Kurs der Rechtsungleichheit und kalten Enteignung von Nutzern und Kleingärtnern zu ändern. Sie hat kein Ohr für die Nöte und Sorgen der Nutzer von Erholungsgrundstücken und Kleingärten. Die Bundesregierung kommt damit ihrer Verantwortung nicht nach, die noch offenen schuldrechtlichen Fragen einer abschließenden und gerechten Lösung zuzuführen. Zugleich wird der Rechtsfrieden nachhaltig durch gerichtliche Entscheidungen gestört, die den Einigungsvertrag missachten und verletzen.

#### Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

- Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 22.01.2004 zum Bodeneigentum in der DDR in nationales Recht umzusetzen.
- einen gerechten Ausgleich zwischen legitimen Interessen der Bodeneigentümer und Nutzer zu schaffen. Das Eigentum am Bungalow und an anderen Einrichtungen ist nicht weniger schützenswert als das Eigentum am Boden. Die Nutzer von Pachtgrundstücken sind nicht Eigentümer zweiter Klasse. Eine Neubestimmung der Entschädigungsregelungen ist überfällig und unbedingt erforderlich, um die Enteignung von Garagen- und Bungalowbesitzern ab dem Jahre 2006 abzuwenden. Artikel 14 Abs. 1 und 3 des Grundgesetzes muss nun endlich auch in den neuen Ländern ohne Einschränkung gelten!
- durch eine entsprechende Ergänzung des Bundeskleingartengesetzes klarzustellen, dass alle am 02.10.1990 im Beitrittsgebiet existierenden Kleingartenanlagen auch weiter in ihrem Bestand geschützt sind. Die Ausweitung des Bestandsschutzes über den einzelnen Garten und die Laube hinaus auf die gesamte Kleingartenanlage ist für die Kleingärtner ein lebenswichtiges Erfordernis.

#### Von den Länderregierungen fordern wir:

- die ihnen in Art. 44 des Einigungsvertrages auferlegte Verpflichtung und Ermächtigung zur Kontrolle der Einhaltung der Vertragsverpflichtungen durch die Bundesregierung konsequent wahrzunehmen. Das sind sie ihren Bürgern schuldig. Es wird von uns nicht widerstandslos hingenommen, dass Regelungen des Einigungsvertrages einseitig zu Lasten der Bürger der neuen Länder von der Bundesregierung und sogar Gerichten ausgelegt und angewendet werden.
- die Schaffung verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen zum Schutz und zur Förderung des Kleingartenwesens und der Wochenendsiedlungen. Sie haben nach wie vor eine große städtebauliche, landschaftsgestaltende, ökologische und zunehmende soziale Bedeutung. Der Fortbestand unter **modernen Bedingungen** muss mit aller Anstrengung für die Zukunft gesichert werden.

Unser Ziel ist Gerechtigkeit und Rechtsfrieden für alle.